

## Antrag auf Akteneinsicht vertagt

**Hahnstätten.** Die in den letzten Wochen und Monaten intensiver und schärfer gewordenen Diskussionen über die Vor- und Nachteile der geplanten Umgehungsstraße um Niederneisen und Flacht sowie deren Planungsvarianten veranlassen die Verbandsgemeindefraktion Bündnis90/Die Grünen zur Einbringung eines Antrags in die jüngste Ratssitzung. Sie wünschten

Akteneinsicht über den Planungsstand. Dieser Antrag wurde vertagt. „Nachdem die Informationen des Landesamts für Mobilität in der Sitzung am 17.Mai nicht zufriedenstellend waren und das Amt darüber hinaus darauf hinwies, der unformell angefragten Akteneinsicht nicht entsprechen zu wollen, hatten wir uns entschlossen, den Antrag einzureichen“, so die beiden

Ratsmitglieder Thorsten Janning und Paul Stegemann. Der Beschlussvorschlag, dass der VG-Rat Hahnstätten sich auf das Landesgesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen (LIFG) beziehe und „formell die vollständige Akteneinsicht beantragt“, wurde vertagt. Sowohl Beigeordneter Manfred Ehrecke als auch Karl Werner Jüngst (CDU) und Horst Seelbach

(SPD) empfahlen, die Antwort des Bundesverkehrsministeriums abzuwarten (Bürgermeister Satony hatte nach der Mai-Sitzung um Auskunft zum Planungsstand gebeten) und zudem dem neuen Leiter des Landesamtes für Mobilität, Ulrich Neuroth, noch einen gewissen Zeitraum des Aktenstudiums zu gewähren. Danach wolle man den Antrag wieder auf den Tisch bringen. *rpk*